



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Annette Karl, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Arif Taşdelen, Margit Wild, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 18/18671, 18/19264

### **Für Pressefreiheit und Medienpluralismus in Europa kämpfen**

Der Landtag stellt fest:

Die sich kontinuierlich verschlechternde Presse- und Medienfreiheit in einigen europäischen Mitgliedstaaten wird äußerst kritisch gesehen. Diese Entwicklungen sind unverträglich mit den Grundrechten der EU.

Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Medienfreiheit und der weiteren Verschlechterung der Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen (2021/2880(RSP) vom 16.09.2021) sowie den Aktionsplan vom 20.10.2021 zu Europas Medien in der digitalen Dekade (2021/2017(INI)).

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der EU-Kommission in geeigneter Weise für folgende Maßnahmen weiterhin einzusetzen:

- Die Kommission setzt sich als Hüterin der europäischen Verträge für die Wiederherstellung der Pressefreiheit in den genannten Mitgliedsländern ein und fördert die Verbesserung der Medienfreiheit und des Qualitätsjournalismus.
- Die Kommission sanktioniert durch die Aussetzung oder Kürzung von EU-Mitteln staatliche Übernahmen unabhängiger Medien, Verzerrungen des Medienmarkts und Eigentumskonzentrationen sowie den Missbrauch von Regulierungsinstrumenten zum Aufbau eines staatlich abhängigen Mediensektors auf Kosten des kritischen Journalismus konsequent.
- Die Kommission unterstützt mit geeigneten EU-Programmen die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Medien sowie die Medien- und Informationskompetenz.
- Die Kommission bekämpft Verleumdungsklagen gegen Journalisten durch eine EU-weite Gesetzgebung.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**  
III. Vizepräsident